

**Mitteilungen aus deutschnationalen Kreisen
über die Beweggründe der Kundgebung.**

Zu der heutigen Kundgebung des Verbandsausschusses der deutschnationalen Parteien erfahren wir aus deutschnationalen Parteikreisen:

In deutschen politischen Kreisen sind in der letzten Zeit mehrfach Verstimmungen zutage getreten, die ihre tiefere Ursache in berechtigten Beschwerden über Nichtbeachtung der deutschen Wünsche und Forderungen haben. Diese Stimmungen sind auch in Beschlüssen von Versammlungen der deutschen Fortschrittspartei in Mähren und in mehreren alpenländischen Versammlungen zum Ausdruck gekommen. Sie gingen immer von der Voraussetzung aus, daß die parlamentarische Taktik der deutschnationalen Partei auf einer zu weitgehenden Konnivenz gegenüber der Regierung beruht. Demgegenüber will der Verbandsausschuß der deutschnationalen Parteien feststellen, daß seine Haltung im Parlament ausschließlich der Ausfluß seines Bekenntnisses zum Staate ist und in diesem Bekenntnisse gerechtfertigt erscheint. Die jeweilige Regierung kommt dabei nicht in Betracht und die deutschnationalen Parteien lehnen es ab, irgendeiner Regierung zuliebe etwas zu unternehmen. Ihnen liegt bloß die Sorge um den Staat

am Herzen, den zu erhalten und zu festigen sie sich verpflichtet fühlen. Sie haben in der jüngsten Rede des Grafen Czernin eine Bekräftigung ihres Standpunktes gesehen, und die Feststellung, daß ihre Taktik als staatsertreu anerkannt werde, mit Befriedigung vernommen. Einigermassen mußte es daher befremden, daß aus den Worten des Ministerpräsidenten, die heute veröffentlicht wurden, eine Abschwächung der Rede des Grafen Czernin herausgelesen werden kann, und die Vorrede der Abgeordneten Doktor Waldner und Teufel beim Ministerpräsidenten hatte den Zweck, ihm diese Bedenken vor Augen zu führen. Dr. Ritter v. Seidler nahm den Standpunkt ein, daß er in seiner Rede bloß die Zweifel darüber beseitigen wollte, als ob er in der Frage der Verurteilung der staatsfeindlichen Bestrebungen einen anderen Standpunkt einnehme als der Minister des Aeußern. Wenn er bei dieser Gelegenheit nachdrücklich versichert habe, daß Graf Czernin weit davon entfernt sei, die Gesamtheit des czechischen Volkes zu verdächtigen oder zu beschuldigen, so seien diese Bemerkungen nur eine Wiederholung dessen, was Graf Czernin selbst gesagt habe.

Weitere Beschwerdepunkte, die vom Verbandsausschusse der deutschnationalen Parteien erhoben werden, beziehen sich auf die Behandlung der Ernährungsangelegenheiten, in welchen sich die Deutschen mit Recht benachteiligt fühlen. Hierüber ist bereits die Öffentlichkeit genügend unterrichtet worden, so daß die Unzufriedenheit über die Behandlung der Deutschen in Verpflegsangelegenheiten nicht als neue Tatsache angesehen werden kann. Aber auch dieser Umstand, der zum Teil in der Haltung der nichtdeutschen produzierenden Bevölkerung, zum Teil in der ganzen Organisation des Ernährungsdienstes seine Begründung hat, keineswegs aber eine Entschuldigung findet, kann die Deutschen nicht veranlassen, ihre Haltung gegenüber dem Staate zu ändern. Die schwerste Belastungsprobe wird den Deutschen durch die Behandlung der Verfassungsfragen auferlegt. Die Richtlinien, die in verschiedenen Konferenzen mit den Deutschen vom Ministerpräsidenten in ihren Grundzügen mündlich mitgeteilt worden sind, entsprechen keineswegs den Erwartungen, welche die deutschen Parteien daran geknüpft haben. Wenn man die Agitationen der staatsfeindlichen nichtdeutschen Elemente in Betracht zieht und dann die Ueberzeugung gewinnt, daß die bestehenden Pläne hinsichtlich der Verfassungsreform gerade den Wünschen der anderen näher kommen als jenen der staatsertreuenden Parteien, so ist gewiß Grund zur Unzufriedenheit gegeben. Aber auch hier sehen die Deutschen, so lange sie noch die Möglichkeit haben, ihre Forderung zur Geltung zu bringen, keinen Anlaß, ihr Verhältnis zum Staate zu ändern. Die Deutschen wollen ihre Stellung, die ihnen in diesem Kriege so viele Opfer auferlegt hatte, auch weiterhin behalten, trotz aller Kämpfe, die ihnen im Innern auferlegt werden. Sie bleiben staatsertreu und nur dieser Gedanke leitet ihre Handlungen. Deshalb können sie auch den Vorwurf, Regierungspartei um jeden Preis zu sein oder sein zu wollen, mit aller Beruhigung zurückweisen. Die Regierungen sind unbestimmte Faktoren, bestimmt ist das Wesen des Staates, den zu erhalten und in ihrem Sinne auszugestalten Pflicht der Deutschen in Oesterreich ist.